

# Saale-Zeitung.

weder die Spaltenzahl oder deren Raum mit 30 Pfg., (solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geldst. stelle, um unieren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bestanden die Seite 75 Pf. Erhöht höchstens monatlich; Sonntags und Montags einmal, sonst normal täglich. Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, G. Brauhaushof 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

**Bezugspreis**  
In Halle wöchentlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unbeslangt eingetragene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Einverständnis; „Saale-Pg.“ gefaltet. Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2266.

Einundvierzigster Jahrgang.

Nr. 190.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 24. April

1907.

## Am 1. Mai Saale-Zeitung,

beginnt ein zweimonatliches Abonnement auf die

deren vornehme, selbständige Stellungnahme in allen politischen Tagesfragen, deren zuverlässige, rasche und umfassende Berichterstattung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und deren gediegener Inhalt seit Jahrzehnten anerkannt ist und die

## Saale-Zeitung

zu der bedeutendsten, zweimal täglich erscheinenden Zeitung Mitteldeutschlands gemacht hat. Die ständige Ausdehnung und sorgfältige Pflege des Briefen- und Handelszetteltes sei besonders hervorzuheben. Die Saale-Zeitung kostet für Mai und Juni bei Postbezug: 2 M. 17 Pfg., durch die Expedition und Zustreger: 1 M. 70 Pfg. bei täglich einmaliger und 1 M. 90 Pfg. bei zweimaliger Zustellung.

### Probenummern kosten- und portofrei!

Neuzutretende Abonnenten erhalten bereits vom Tage der Bestellung ab die Saale-Zeitung bis zum Ende dieses Monats kostenfrei geliefert.

Verlag der Saale-Zeitung,  
Gr. Brauhaushofstraße 17.

## Abrüstung.

Das große Flottenbauprogramm, das der Lord der britischen Admiralität, Lord Tweedmouth in englischen Überhauss bekanntgegeben hat, muß die britischen Abrüstungsvorschläge in einem besonderen Lichte erscheinen lassen. Der Chef der englischen Marine gab bekannt, daß Großbritannien zu Anfang des Jahres 1909 neun große neue Kriegsschiffe, darunter vier neue Dreadnoughts sein eigen nennen werde. Die einzige Macht, die zu dieser Zeit gleichfalls ein Schiff vom dem Typ des Dreadnought aufweisen werde, sei das mit England verbündete Japan. Wie sehr Großbritannien seine Seemacht außer durch seinen eigenen Flottenbau zu fördern beabsichtigt ist, lehrt die jetzt in London tagende Kolonialkonferenz, die sich vor allem mit den Aufgaben der britischen Reichsverteidigung zu befassen hat. Aber auf die Beteiligung seiner Kolonien an den Kosten für die britische Seerüstung hat England kein Augenmerk nicht beizulegen; die britische Koalitionspolitik, die mit Japan, Frankreich, Spanien, Italien, Portugal, Griechenland ein System von Bündnissen und Verträgen

geschlossen hat, dient offensichtlich dem Zweck, die britische Seeherrschaft fest zu fügen und dem insularen Seesinteresse die Interessen zahlreicher anderer Mächte beizumorden. Ein weiterer Punkt von erheblicher Bedeutung zur Beurteilung der Stärke der englischen Seemacht beruht darin, daß die englische Schiffbauindustrie Vizekönigin für eine ganze Reihe von auswärtigen Mächten, zumal südamerikanischen Staaten ist. Dieser Punkt wird in dem jüngst im Verlag von Karl Curtius = Berlin erschienenen Werk des Grafen E. Reventlow „Weltfrieden oder Weltkrieg!“ mit Nachdruck hervorgehoben. So hat die englische Firma Vickers von der brasilianischen Regierung jüngst Bauauftrag für ein Drieschiff erhalten. Welche Rolle solche für das Ausland gebauten Schiffe im Ernstfalle zu spielen berufen sind, lehrt die Tatsache, daß bei Beginn des russisch-japanischen Krieges die auf englischen Werften für Rechnung der östlichen Regierung in Bau befindlichen Kriegsschiffe „Albatros“ und „Kivada“ von der englischen Regierung angekauft wurden und jetzt als „Arcturion“ und „Siviture“ zur englischen Flotte gehören. Reventlow deutet an, daß bei der Firma Armstrong noch eine ganze Reihe von Drieschiffen „für südamerikanischen Staaten“ auf Stapel gelegt sind. Dies alles in Verbindung mit den Ausführungen des Lord Tweedmouth, daß England die „Oberherrschaft“ zur See wahrnehmen müsse ohne jede Rücksicht auf die Kosten und daß es unter Umständen sein Flottenprogramm werde vergrößern müssen, zeigt doch, wie wenig frei die politische Gegenwart für eine allgemeine Abrüstung oder für eine Beschränkung der Rüstungen ist. Campbell-Bannerman würde eine tatsächliche Abrüstung niemals gegenüber der Opposition, die ihm aus seinem eigenen Lande entgegenkäme, durchsetzen können.

Großbritannien kann auf der Saager Konferenz den Abrüstungsvorschlag nur deshalb einbringen, weil es des Scheiterns seines Vorhabens gewiß ist. Es will das Dilemma für das Fehlschlagen der Abrüstungskonferenzen von sich abwenden. Die großbritannische Politik will England als die Friedensmacht par excellence hinstellen, und diejenigen Mächte als Friedensstörer vor der Welt brandmarken, die so ehrlich sind zu sagen, daß sie gut gerüstet sein müssen, um nicht in dem allgemeinen Kampfe der Völker um das Dasein über den Haufen gerannt zu werden. Dem deutschen Kaiser, der deutschen Nation soll bei der Ablehnung der Abrüstungsvorschläge weltzerberberber Imperialismus zur Last gelegt werden. Die ausländischen Mächte sollen zu einer Angst- und Machtkoalition gegen angebliche deutsche Eroberungsgelüste vereinigt und der Kontinent in heillose Verwirrung gelehrt werden, damit das Inzelschiff keine „Oberhoheit“ zur See ohne Konkurrenz und Mihe aufrecht erhalten kann.

In diesem weltbürgerlichen Augenblick ist es notwendig, daß das deutsche Volk mit Einmütigkeit hinter der Regierung steht. Die nationale Geschlossenheit kam in der letzten Zeit besonders markant in zwei Rundgebungen zum Ausdruck, deren eine auf amerikanischem Boden sich abspielte: Professor Münsterbergs Ausführungen auf dem New Yorker Friedenskongreß über Deutschlands Standpunkt zu dem Problem des Weltfriedens wiesen die Verdächtigungen, denen sich die Politik des deutschen Reiches in der Auslandspressen seit einer Reihe von Jahren systematisch ausgesetzt sieht, mit aller Kraft zurück. Er nannte es „sinnlos und abgeschmackt“, die deutschen Motive, die das Reich zu einer Ablehnung der Abrüstungsvorschläge veranlassen, zu verdächtigen, um Deutschland als eine Quelle der Gefahr für den Frieden der Welt zu betrachten. Er erklärte, daß es heute kein festeres Völlwerk des Friedens gibt,

als den guten Willen und die Aufrichtigkeit der deutschen Nation und keine frivoler Bedrohung des Friedens, als die alberne Verdächtigung deutscher Absichten, wie sie in den Zeitungen und Versammlungen vieler Lande, nicht zum wenigsten auch in Amerika, ublich ist. Wenn man großbildig auf das letzte Drittel Jahrhunderts, so sehr man große und kleine Kriege, England, Rußland, Spanien, Frankreich, Italien, Türkei, Japan, China, sogar Amerika hatten Krieg, aber das deutsche Volk ging still seinen Weg in Frieden. Und der Geist dieses neuen Deutschland, das sich danach sehnt, zu schaffen und nicht zu streiten, fand seinen bedeutungsvollsten Ausdruck in dem genialen Führen auf dem Kaisertrone. Wie haben die Vorurteile der ganzen Welt ihn als den ruhelosen Kriegerhahn unserer Zeit verdächtigt, und wie hat er es, in ruhiger Kraft, bewiesen, daß seine Herrschaft der stärkste Einfluß für Weltfrieden und Freundschaft ist! Amerika weiß das aus richtiger Erfahrung; Amerika weiß, wie er den Bräutigam und immer neue Vertrauensmänner, wie er Professoren und Künstler, wie er Sportjachten und Museumsschiffe über den Ozean sandte, um seine Freundschaft zu bezeugen, und Kriegsschiffe kommen nur, um bei dem Friedensfest von Jamestown mitzufeiern. Ist es da nicht natürlich höchst e Zeit, daß die nichtswürdigen Vorurteile endlich erkränkt werden? Wenn die Welt, und ganz besonders die Neue Welt, endlich den wahren Geist Deutschlands erkunden würde, dann wäre die Friedensbewegung um einen mächtigen Schritt gefördert. Ja, falls ein Bildbauer heute eine Statue der Friedensgöttin in Marmor gestalten wollte, so würde er wachlich bilden geben, wenn er als sein Modell die hehre Germania wählte, wie sie dasiebt mit der Kaiserkrone auf dem Haupt, mit dem unbefleckten scharfen Schwert in der Hand, die Augen ruhelos hinausblühend auf ein erstes, aber glückliches Volk, das seine ganze Seele den ewigen Gütern friedlicher Arbeit hingibt.“

Könnte diese bedeutsame Rundgebung deutscher Friedensliebe nicht ohne Eindruck bleiben, so muß das Ausland aus dem Auftreten der linksliberalen Wortführer, die schon im vorigen Jahre und leht hin wieder zu dem Abrüstungsthema in der Öffentlichkeit Stellung genommen haben, unbedingt die Erfahrung schöpfen, daß in der Frage der Erhaltung der deutschen Wehrfähigkeit zu Lande und zu Wasser das deutsche Volk eines Sinnes ist. In erster Linie sind in dieser Hinsicht eine Reihe von Rundgebungen des Abg. Dr. Müller-Sagan zu nennen, der wiederholt die Auffassung der freimüthigen Volkspartei und des gesamten entschiedenen liberalen Bürgertums in markanter Weise zum Ausdruck brachte, sowohl in seinen Ausführungen vom September vorigen Jahres nach der Tagung der 14. parlamentarischen Schiedsgerichtskonferenz, wie auch jetzt wieder in seiner Rede im Berliner Bezirksverein und mit seinen Ausführungen in der „Vossischen Zeitung“. Von allen Parteien wird erkannt, daß uns durch englische Initiative via Frankreich kriegerische Verwicklungen ausgenötigt werden können. Die „Verwilligung geistigerer Mittel zur Kriegsbereitschaft“ ist daher nötig, ebenso wie die „Unterlassung aller entbehrlichen Aufwendungen für solche Zwecke, die eine Erweiterung der Angriffskräfte des Reichs mit sich bringen oder die Finanzkräfte des Reichs schwächen zum Schaden der Wehrfähigkeit des Vaterlandes“. Müller-Sagan hat vollkommen recht mit der Darlegung, daß die veränderten auswärtigen Beziehungen auf die Stellung des Deutschen Reichstags zu Heres-, Flotten- und Kolonialfragen zurückzuführen müssen. „Die bürgerlichen Fraktionen werden für das Landvolk im Interesse der Steigerung seiner

## Heuiletan.

[Stadtbrand verboten].

### Die Hungersnot in Rußland und ihre Ursachen. Von Dr. Wilh. Groß.

Es ist die alte und doch immer wieder neue Tragödie, die kaum verklungen und überwunden sich bald darauf wiederholt und vom Osten und Südosten unserer Erdeits — namentlich aber aus den Wolgaländern — zu uns herübertröht: Das Hungergepein ist eingezogen! Und es hat in der Tot Eizung gehalten und ärger als jemals wütend, schwingt es seine Geißel fürchterlicher als je zuvor. — Wir aber stehen wie immer — so auch jetzt wieder — vor dem ungelösten Rätsel, und fragen staunend, wie das zugehen kann? Sind es doch auch diesmal — wie gewöhnlich — auffallendweise gerade wieder jene Länder, die ihrer eminenten Fruchtbarkeit wegen als die russischen Getreidegärten berühmt sind und als die „Gärten des Fernen“ verberichtet werden, in welchen Milch und Honig fließt und Auliken und Melonenfelder wie Diefeln gedeihen. Die Wraiden dieser merkwürdigen Erscheinungen sind für uns mit Recht unfaßbare Mysterien, und vergeblich zerbrechen wir uns den Kopf, um dieselben zu begreifen.

Wieder gibt es einige Altweltsgelahrten, die auch diese unverständlichen Heimsuchungen sehr einfach damit aufzuklären suchen, daß sie sie auf die Unfähigkeit der in moralischer Verumpfung verbarbaren landwirtschaftlichen Bevölkerung und auf die forumpvierten administrativen Mißverhältnisse zurückzuführen versuchen, aber sie verfehlen dabei, daß auch die einst blühenden deutschen Kolonien in jenen Reichsteilen — längs der Wolga — nicht weniger leiden, was deren Bewohner seit einem Vierteljahrhundert zu Massenauwanderungen veranlaßt hat, obwohl man diesen

Heimatsmüden doch wohl kaum den Vorwurf wird machen wollen, daß in den letzten 50 Jahren ihre geistige Kapazität so erheblich zurückgegangen wäre.

Mit dieser etwas leichtfertigen Belehrung ist also wenig geboten. Es mag zugegeben werden, daß die ländliche Bevölkerung in Rußland, wo gegenwärtig alles, selbst die Weiber und Schulkinder, rebellieren, schon seit längerer Zeit nicht mehr die erforderliche Mühe findet, sich mit der Bebauung ihrer Felder zu beschäftigen, und man braucht sich auch darüber nicht aufzuregen, ob sie mit einem Uebermaß von Intelligenz belastet ist, aber im allgemeinen würde es doch einen großen Mangel von Völkervernunft verraten, den russischen Bauern einen recht fäitlichen Grad von geistiger Veranlagung und natürlichen Verstand abpredigen zu wollen. Es mag auch ebenso richtig sein, daß sich sowohl in administrativer Hinsicht wie in bezug auf die Kultur, besonders aber durch Angewöhnung einer den Verhältnissen entsprechenden praktischen Lebensweise außerordentlich viel tun ließe, die Notstände, wenn auch nicht ganz zu beseitigen, so doch sehr wesentlich zu mildern.

Die eigentlichen Ursachen der Katastrophen liegen ganz wo anders, als man bei uns gewöhnlich annimmt und traditionell nachbetet. Wie wir wissen, sind es immer die Hungerjahre gewesen, die sich in Mfährden von drei bis vier Jahren wiederholen und unmittelbar die Krisen herbeiführen. Schembar wäre damit eine genügende Erklärung gegeben, denn wo nichts wächst, da ist notwendigerweise überall die Gefahr eines Mangels an Nahrungsmitteln nahegerückt; aber es muß doch zu denken geben, daß solche landwirtschaftlichen Miserejahren in so kurzen Zeitabständen sich wiederholen. Logischerweise müssen noch andere Einflüsse tätig sein, die derartige Kalamitäten herbeizuführen vermögen, und darauf beruht in Wirklichkeit das ganze Geheimnis. Wo aber sollen wir diese Einflüsse finden und wie geht es zu, daß sich ihre

Wirkungen in neuester Zeit immer intensiver bemerkbar machen? Wohl ist erwiesen, daß Mißwachsjahre auch schon vor hundert Jahren temporär vorgekommen sind, und auch noch viel weiter zurück, aber das waren doch nur Ausnahmen, die auch viel weniger hart empfunden wurden. Namentlich ist es aufgefallen, daß diese Sandplagen seit der Aufhebung der Leibeigenschaft erschreckend häufig und in verstärktem Grade eingetreten sind, und man wird wohl kaum sehr gehen, diese Fakta dadurch zu erklären, daß einmal die Bevölkerung in den letzten vierzig Jahren sich verdoppelt hat und andererseits die ursprünglich äußerst sparsame Länderverteilung an die Bauern sich überlebt und einer Reform als dringend bedürftig erwiesen hat. Um unabsehbares Unheil zu vermeiden, war f. z. bei der Freigabe der Bauern zwar hinreichend Land an letztere abgegeben worden, jedoch derart, daß sie nur die Nutznießung der Acker erzielte, aber nicht Eigentümern berleben waren und — worauf es hauptsächlich ankam — auch nicht die Berechtigung besaßen, die Grundstücke zu verkaufen. Die Pointe dieses Arrangements ist nicht schwer herauszufinden: Die Regierung wollte verhindern, daß die der Freiheit ungewohnten und unselbständigen Bauern ihre Grundstücke verkaufen, den Erlös dafür in Brantwein anlegen und in kurzer Zeit zu einem verarmten Proletariat anwuchsen, das das Land durchsog und den Staat der Gefahr des Unterganges nahe gebracht hätte. Das Feld blieb daher Eigentum der Gemeinde, wurde jedoch alle drei Jahre gewechselt und damit seine Begünstigungen und Benachteiligungen vorformen sollten, wurde bestimmt, daß die Neuverteilung durch das Los entschieden werden sollte. — Nach menschlicher Berechnung konnte ein besseres Arrangement gar nicht getroffen werden, und für die nächsten zwanzig oder fünfundsiebzig Jahre bewährte sich es auch glänzend, und die gute Absicht der Regierung wurde vollkommen erreicht. Aber auch die best





werden. Der Großgrundbesitz mit seiner stehenden landwirtsch. Produktion dürfte in Polen nicht verschwinden. Wir werden jede Maßnahme unterstützen, die die polnische ländlichen Untertanen zu neuen Bräuten macht.

Herr Dr. v. Juchaczewski wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. v. Karoloff. Seine Ausführungen über den Rücktritt Bismarck seien vollkommen unrichtig. Auch die Ausführungen des Ministerpräsidenten seien unzutreffend. Die Zeit, die er gestern als die Zeit des Einvernehmens mit den Polen bezeichnet habe, sei gerade die Zeit des Kulturkampfes gewesen, in der man Bismarck mit seinen Maßnahmen und Bestrebungen bestraft. Der Minister hat sich über den Wunsch der Deutschen durch die Polen beklagt. Aber gerade in seinem Verstoß erfüllt er das polnische Volkstum! Die ganze Ostmarkenpolitik liegt im Widerspruch mit der Verfassung, nach der alle Staatsbürger gleiche Rechte haben sollen, daher ist die einseitige Förderung des Deutschtums durch finanzielle Mittel ungesetzlich. Die Polen wollen gerne mit der Regierung in Frieden leben, aber diese macht es selbst ihnen unmöglich. Der heftigste Vorwurf gegen den Minister ist, dass er die Polen unmöglich zu machen, sich in ihrer Heimat zu entfremden, und die gestrigen Ausführungen des Ministerpräsidenten lassen auf ein derartiges Vorgehen der Regierung schließen. Man will also den Polen noch mehr Rechte rauben als bisher! Aber wie haben nicht nur das Recht, auch die Ehre zu haben, sondern auch, auf der Ehre zu leben. Wir kämpfen nicht des Kampfes wegen, denn dieser Kampf muß die polnische Bevölkerung aufheben.

Minister v. Arnim erklärt, daß die Regierung noch bis zum Jahre 1885 die polnische Bevölkerung mit Milde behandeln werde; sie habe sich um die Besserung der Polen bemüht, sie aber nicht erworben. Der Wunsch, daß die polnische Regierung nicht das Deutschtum in gleicher Weise in den Städten wie auf dem Lande fördern, sei unbeschäftigt; allerdings sei auf dem Lande leichter etwas zu erreichen als in den Städten. Doch durch die Gesinnung der Richter der Wandel geschädigt sei, wäre auch nicht zutreffend, da diese Gesinnungen nur Justiz- und Finanzmittel bezügelten. Für landwirtsch. Zwecke dürfe sich in der Leitung der Aufschlagskommission kaum Verwendung finden.

Herr Nat. v. Wollschlae weist auf Grund eines Verdicts der Aufschlagskommission auf die gestrige Frage des Abg. Graf Fritschmann nach, daß bei den Grundbesitzern und Knechten die polnischen Richter nicht nur nicht benachteiligt, sondern oftmals ungünstig bevorzugen seien. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Dr. v. Juchaczewski betont er, daß es sich für die Aufschlagskommission nicht um konfessionelle Gegensätze, sondern um Deutsch und Polnisch handle. Die polnische Presse greife dagegen die deutschen katholischen Richter an, welche an: so habe sie den Richterlichkeits Stopp als preussischen Vorfall in Kardinalshut bezeichnet.

Abg. v. Wenzel (konf.): Die Polen brauchen ihre Gleichheit als Kampfmittel im Kampfe gegen das Deutschtum. Die Hauptaufgabe unserer Ostmarkenpolitik muß sich vor allem in der Richtung bewegen, daß der deutsche Grundbesitz in den Händen der Deutschen erhalten bleibt.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (konf.) bezieht zunächst eine Erklärung des Abg. v. Wenzel, in welcher er sagt, daß ihm in seinen gestrigen Rede bezüglich des Abg. v. Juchaczewski Irrtümer unterlaufen seien, und diesen um Entschuldigung bittet. — Das Aufschlagsgesetz habe günstig in der Richtung gewirkt, ein gleiches Verhältnis zwischen der deutschen und der polnischen Bevölkerung herzustellen. Jedoch wünscht man Maßnahmen zur Erhaltung des Grundbesitzes in deutscher Hand, und zwar nicht nur des Bauerntums, sondern insbesondere auch des Grundbesitzes. Man dürfe nicht die Grundbesitzer von Jahr zu Jahr steigen und dadurch die Regelung zu Verfahren seitens der deutschen Richter zu erschweren. Auch müsse man verhindern, deutsche Arbeiter in das Aufschlagsgebiet zu ziehen. Untere Ämter solle helfen nur die Anforderungen aus den Erklärungen der letzten Jahre dar; daher bitte ich Sie im Interesse unserer Aufschlagspolitik dringend um Annahme dieser Anfrage (Beifall).

Minister v. Arnim: Sie sind befreit, den deutschen Großgrundbesitz in deutscher Hand zu erhalten, damit nicht auf den Kreisbogen die deutsche Weidheit durch eine polnische ersetzt werde. Die Vertheilung von deutschen Wäldern ist außerordentlich wichtig, doch wird die Frage weiter einander und endlich erwohnen. Mit der Vertheilung von Wäldern in den Städten sind auch schon von Wäldern Besuche gemacht worden. Ich möchte das ganz um Unterstützung einer zielbewußten energischen Ostmarkenpolitik der Regierung bitten. (Beifall.) Die Abmahnung über den heftigsten Vorwurf Antrag wird bis zur Lösung ausgesetzt, der Etat der Aufschlagskommission wird gegen die Stimmen der Rechten, der Freikämmerer, des Volkspartei und der Polen angenommen.

Bei dem Etat der Verwaltung beantragt die Kommission eine Resolution, die Regierung zu erlauben, dafür zu sorgen, daß die Verwaltung in Zukunft Kredite nur auf Grund bankmäßiger Sicherheit aufnehmen möge.

Vorsitzender der Verwaltung v. Hohenstein wünscht eine Einschränkung der Resolution, betr. die innere Staatsoberfläche.

Abg. Wenzel (fr. Rep.) führt Frage über den Rückgang der Einnahme der Verwaltung, der auf dem Rückgang des Geld- und Wechselverkehrs und dem niedrigen Stand der Eisenbahnverträge beruhe. Sodann müßte die der Verwaltung angeordneten gewerblichen Betriebe entweder befristet werden, wie die Landes- und Eisenbahnen, oder sie müßten den betreffenden Verwaltungen überlassen werden.

Minister v. Hohenstein erklärt sich bereit, die Landes- und Eisenbahnen, die sich sehr gut verkaufen, zu verkaufen, wenn ein angemessener Preis erzielt werde. Die Eisenbahnen, Wäldern oder Bäume der Staat nicht zu verkaufen. In den nordischen Städte- und Eisenbahnen habe sich der Staat nicht beteiligt, sondern nur Kapital beigegeben. Die Eisenbahnen sei durchaus nicht leichtfertig vorzugeben, sie habe durchaus pflichtgemäß gehandelt.

Vorsitzender der Verwaltung v. Hohenstein erklärt an, daß in der Verwaltung der Verwaltung der Verwaltung die Verwaltung der Verwaltung vorgekommen sind; aber die notwendigen Aufgaben gegen den Direktor seien unbeschäftigt; daher habe sich stets tadellos geführt.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) kritisiert, daß der Staat bei der Unternehmung der betreffenden Unternehmen nicht das Recht von einem Kredit von 1 1/2 Millionen erhalte habe, dann wäre dies der richtige Weg gewesen, dem Staat wäre dann die Entscheidung überlassen gewesen. Das habe man nicht getan, man habe das Abgeordnetenhaus umgangen. Der Konstitutionalismus mache es erforderlich, daß die Grenzen der Kompetenz der Regierung enger gezogen werden. Die Resolution, die hier vorliegt, enthält zwar keine juristische Bindung für die Verwaltung, aber es werde ein Vertrauensverhältnis geschaffen, an das sich zu halten der Finanzminister allen Anlaß habe. Das gewöhnliche Geschäft, die beim Aufschlagsgesetz durch die Verwaltung geleistet seien, auch künftig geleistet werden können, aber es sei doch ein Unterschied zwischen einer Staatsbank und einem Bürgerrechtungs-Verhältnis, wenn er sich so ausdrücken dürfe. Nebenbei sei auch die Art und Weise, wie man einen Teil der Verluste an dem nordischen Staatsunternehmen wieder ausgleichen dürfte. Es sei in der Art gesehen, daß man die Deutsche Abgabevereinbarung herangezogen habe, indem man ihr eine Veränderung ihrer Privilegien verprochen, wenn sie sich um einen anderen Gewinn an dem Staatsunternehmen beteilige. Ein solches Vorgehen sei nicht einwandfrei. Wenzel habe er es auch, daß die Verwaltung nicht weniger als 70 Millionen in eigenen Effekten festgelegt habe. Die Verwaltungskommission, die sich übrigens auch hier im Interesse des Konstitutionalismus sehr zu bemühen habe, hätte leider nur eine formale Kontrolle gegenüber der Verwaltung, die materielle Kontrolle liege nur dem Minister an. Sie könnte noch wirksamer sein, wenn sie einen gerichtlichen Aufsicht übertragen würde. Das beste wäre es, wenn ähnlich wie für die Reichsbank auch einmal für die Verwaltung ein besonderes Bankgesetz geschaffen würde, das ihre Verhältnisse festlegt und eine Garantie bietet, daß sie nicht als Verwaltungsinstitut eintreten kann, wo es ihr befreit. Er wolle damit sein Vertrauen gegen die Verwaltung ausprechen, aber sie als Staatsbank eine so außerordentliche Entscheidung, daß die Verwaltung seiner gestrigen Grundfragen nicht zu umgehen sei. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. von Hohenstein: Ich stimme vollkommen dem Vorredner bei, daß die Verwaltung kein Vermögensinstitut werden darf. Ich kann versichern, toto die kommen solche Vorfälle von der Verwaltung und werden abgelehnt. Die Vertheilung an dem Vorgänger Industrieunternehmen war ein Ausnahmefall. Auch die Verwaltung anlangt, so war dort im Osten eine Wagnisinvestition eingetragt worden, die auch die Bundesstelle leistete. Man hat die Abgabevereinbarung nach einem Vertrag allein die Vertheilung von Eisenbahnen-Subsidien. Natürlich müßte ihr daran liegen, daß ihr hier nicht zu stark Konfuzen gemacht werde und daß nicht jemand anderes das Unternehmen lasse. Sie sollte sich den Zustand des allgemeinen Unternehmens ab, erklärte sich aber zur Vertheilung bereit. Sie wünschte die Vertheilung des Vertrages auf einige Jahre. Die Negativseite haben die Anfrage danach bejaht. In Betracht kam dabei, daß die Eisenbahnen mit steigenden Preisen rechnen, es also für die Staatsbankabgabeverwaltung erwünscht sei, auf mehrere Jahre sicher sich die niedrigen Preise zu erhalten. Das war der wirtschaftliche Grund. Die allgemeine Behauptung, daß die Verwaltung sich

an Bankunternehmungen betheile, ist unbegründet. Die Ostbank in Polen ist das einzige Unternehmen dieser Art, an dem die Verwaltung beteiligt ist. (Beifall.)

Abg. Dr. Wenzel (fr. Rep.) bezieht sich auf die Staatsbank, die einen Lebensversicherungsanstalt geben könne. Wegen einer Denkschrift der Regierung habe er natürlich nichts. Der Abg. Wenzel wolle anerkennen, wie im Reichsbank der Abg. Wenzel einen Lebensversicherungsanstalt, so er den Bankparlamentarismus. Wenn die Verwaltung 75 Millionen eigene Effekten des Staats in Vertheilung, so sei es eben das, den Rückgang der Staatspapiere aufrecht zu erhalten. Die Abschaffung des Umstufens sei eine finanzielle Vertheilung gewesen. So gut fundiert wie Wenzel ist kein Staat in der Welt. Die Form des Vorgehens werde höchstens der Spekulation nützen. Der Wunsch der Verwaltung für Wenzel sei allerdings überhaupt nicht erfindbar. Er bitte, ihren Depositenverkehr mehr zu fördern und ebenso die Reichsbank durch Hand in Hand arbeiten mit dem Reichsbankamt.

Finanzminister Frhr. v. Hohenstein dankt dem Abg. Dr. Wenzel für die Vertheilung der Verwaltung, erklärt, daß diese sich die Stärkung des Reiches der Reichsbank ebenso wie der Staatspapiere angelegen sein lassen; der Depositenverkehr der Verwaltung habe sich ebenfalls gehoben. Aber die Ausgestaltung des Depositenverkehrs, namentlich durch Vertheilung von Zinsen außerhalb Berlins müßte mit großer Vorsicht behandelt werden, um den Verlust in der Provinz das Leben nicht noch mehr zu erschweren, wie es jetzt schon durch die Erbschaften der Fall sei. Die Verwaltung dürfe nicht dazu beitragen, daß die Provinzbanken gänzlich verdrängt werden. (Beifall.) Die Erörterung wird geschlossen. Der Etat wird genehmigt.

Die Abmahnung über die Resolution wird zurückgestellt.

Der Etat der Finanzen wird angenommen. Dazu liegt der Antrag der Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr. Rep.) und v. Wenzel (fr. Rep.) vor: Die Königlich Preussische Regierung zu erlauben, daß zur dritten Zahlung des Staatsbankrottens ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß den Unterbeamten je 100 M. sowie den übrigen Beamten, deren Gehalt den Betrag von 400 M. nicht übersteigt, je 150 M. als einmalige außerordentliche Beihilfen gewährt werden. Soweit durch den Etat für 1907 einigten Beamten eine Gehaltsaufbesserung zuzuteil kommt, diese auf einmalige außerordentliche Beihilfen in Vertheilung. (Zustimmung in der 2. Lesung.)

Leitung: Otto Sonne.  
Verantwortlich für den polnischen Teil: Dr. Frhr. v. Wenzelmann; für den lokalen Teil: Frhr. v. Wenzel; für die Provinzialnachrichten: Albert Hertling; für die Feuilleton: Dr. Arthur Bloß; für den Handelsteil: Dr. Arthur Bloß; für den Literaturteil: Carl Komader; Druck und Verlag von Otto Henkel, Sämtlich in Halle a. S.  
— Die Nummer umfasst 12 Seiten. —

Bad Harzburg, Pension Parkhaus, unter Habnabst-Anstalt.  
Borneum's Establishment I. Stages. 90 Salons. Prospekt gratis. Max Hecht.

Lebensversicherung. Seit 1891 hat die Victoria-Anstalt für Jahr in der ersten Lebensversicherung als die beste Versicherung mit eingerechnet — von allen deutschen Gesellschaften hat die Victoria-Anstalt den höchsten Versicherungsbestand erreicht. Dieser Versicherungsbestand ist sehr groß geworden und hat für das Jahr 1906 in Deutschland und nicht benutzene Höhe von 25 Millionen Mark erreicht, das sind rund 80 Millionen Mark mehr, als die nächste Gesellschaft versichern kann. Diese Erlöse werden die Gesellschaft über die Hälfte der unlangstigen Vertheilung der Versicherer an Gewinn und über den höchsten Versicherungsbestand. Die Police der Victoria-Anstalt zu zahlen. Gegen eine geringe Zulagsprämie wird im Jubiläumstil die Police befristet, und es kann darüber eine Vertheilung der Versicherer an Gewinn und über den höchsten Bestand, ohne daß das Recht auf die Vertheilungsumme dadurch irgendwie eingeschränkt wird. Es hat wahrlich keinen guten Grund, daß der Vorrat der deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft der Victoria-Anstalt.

# Moderne Kleiderstoffe.

**Reinwollene**

**Cheviots u. Beiges 75** Pf.  
doppeltbreit, vorzügl. Qualität, grosse Farbauswahl Mtr. 2.50 bis

**Elegante**

**Voiles u. Grenadine 90** Pf.  
doppeltbreit, schwarz und farbig Mtr. 4.25 bis

**Reinwollene**

**Tailor-made 1<sup>00</sup>** Pf.  
doppeltbreit, Streifen u. Karos, letzte Neuheit Mtr. 4.50 bis

**Noppé**

**Fantasie-Stoffe 48** Pf.  
in engl. Geschmack, doppeltbreit, grosse Musterauswahl Meter 1.20 bis

**Hochmoderne**

**Alpacas und Mohairs 1<sup>00</sup>** Pf.  
für Blusen und Kleider, Streifen und Karos, doppeltbreit Meter 3.75 bis

**Aperte**

**Blusen-Stoffe 1<sup>25</sup>** Pf.  
Streifen und Karos mit Seideneffekten, moderne Dessins Meter 2.75 bis

**Geschäftshaus**

# J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Preis und Auswahl ohne Konkurrenz!

## Neue Waschstoffe.

<b>Musselin-lmit.</b> , grosse Musterauswahl, hell- und dunkelgrundig Meter <b>60, 50, 42, 35</b> und	<b>25</b> Pf.
<b>Percalé</b> , vorzüglicher Waschstoff, hell u. dunkelgrundig, grosse Musterauswahl Meter <b>58, 48, 45, 33</b> und	<b>30</b> Pf.
<b>Kleider-Zephyr</b> , solider Waschstoff, f. Blusen u. Kleider, grosse Musterauswahl Meter <b>85, 60, 50, 33</b> und	<b>30</b> Pf.
<b>Batiste u. Mull</b> , Karos, Streifen, Tupfen und Fantasiemuster Meter <b>1.00, 80, 60, 40</b> und	<b>30</b> Pf.
<b>Foulardine</b> , seidenglänzendes Gewebe auf dunklen Grund, eleganter Waschstoff Meter <b>68, 58, 55, 48</b> und	<b>45</b> Pf.
<b>Organdy</b> , duftiges Gewebe, Neuheiten der Saison, aparte Muster Meter <b>1.20, 1.00, 85, 65</b> und	<b>50</b> Pf.
<b>Satin</b> , elegante Wasch-Kleiderstoffe, seidenglänzendes Gewebe, aparte Muster Meter <b>1.15, 95, 85, 75</b> und	<b>68</b> Pf.
<b>Woll-Musselin</b> , beste Qualitäten, hell- und dunkelgrundig, aparte Muster Meter <b>1.30, 1.15, 98, 88</b> und	<b>75</b> Pf.
<b>Kleider-Leinen</b> , vorzügl. waschechte Qualitäten, in weiss u. allen mod. Farben Meter <b>1.30, 1.15, 95, 85</b> und	<b>75</b> Pf.

Wichtig für jede Hausfrau!

# Koch-, Brat- u. Backkiste

D. R. P. „Heinzelmännchen“ D. R. P.

Ein Apparat, in dem die Speisen tatsächlich weiter und schneller, und zwar in derselben Zeit wie auf Gas- oder Herdbrenner.

**Fast gänzliche Zenerungs-Grippe.**

Den vielseitigen Wünschen nachzukommen, veranstalten wir

**Donnerstag den 25. April, nachm. von 3—7 Uhr**  
*eine Nachmittags*

Praktische Vorführung.

## Burghardt & Becher.

Deutschlands größtes Spezialgeschäft für emaillierte Haus- u. Küchengeräte.

*Elektrische Kraft- & Licht-Anlagen*

## Felten & Guilleaume-Lahmeyerwerke A.G.

Dynamowerk Frankfurt a.M.

Zweign. Halle a. S., Lindenstrasse 70.

Staats-Medaille in Gold 1896.

# Hildebrand's

Deutscher **Kakao**  
Deutsche **Schokolade.**

Vorrätig in allen mit unseren Plakaten versehenen Geschäften.

## Theodor Hildebrand & Sohn, Berlin,

Hoflieferanten Sr. Maj. des Königs.

*Gummigarten-Schlauche in bester Qualität zu Fabrikpreisen*

**Eulner & Lorenz** Frankfurt 7.  
Vertraut 320

**Patent** - Bureau Wünsche & Uhlz, Leipzig, Infelstraße 18.  
Beratende Ingenieure erster Ranges.  
- Befahrung und erfolgreiche Bewertung.



ISN ist das **Ideal aller Kräftigungsmittel.**

- ISN stärkt den Appetit.
- ISN stärkt die Nerven.
- ISN stärkt das Blut.
- ISN stärkt die Muskeln.
- ISN stärkt die Energie.
- ISN stärkt den Magen.

Erhältlich in den Apotheken und Drogerien a Fl. Mk. 2.50.

Broschüre von Dr. Schütte gratis.  
**Andre & Co., Hannover.**

Herr Dr. K., Hannover, schreibt am 7. Januar 1907: Nachdem ich nun monatelang Ihr Präparat (ISN) sowohl klinisch in meinem Sanatorium für Gallenstein Kranke als auch in der ambulanten Stadtpraxis geprüft habe, kann ich mir wohl ein Urteil über dasselbe erlauben. Dieses geht dahin, dass wir in dem „ISN“ ein vollwertiges Stärkungsmittel bei erschöpfenden Krankheiten und Erholungsständen haben. Sie wissen, wie gerade die Gallensteinkrankheit die Patienten reduziert und gerade bei ihnen habe ich durch Ihr „ISN“ ganz vorzügliche Resultate erzielt; nahm doch ein Patient K. bei Einnahme Ihres Mittels in 8 Wochen 14 Pfund zu, nachdem ihm vorher andere Kräftigungsmittel wie Hygiana, Bioson mit und ohne Bouillonextrakt im Stiche gelassen hatten. Ich sah niemals irgendwelche Beschwerden auftreten. Das Präparat wird seines Wohlgeschmacks wegen gern von den Patienten genommen, kleine Kinder gleren geradezu danach etc.

Generalvertr. für Halle u. Umgebung: **W. A. Trautloff**, Halle a. S.

**Impfe**  
täglich von 3—4 Uhr  
nachmittags.

**Dr. Emil Nesse,**  
Mittelstr. 1.

Impfe täglich von 3—4 Uhr.  
**Dr. Schuchardt,**  
Steinweg 46—47.

**Ausstellung**  
von **Fröbel'schen Spielen** und **Beschäftigungsmitteln, Gesellschaftsspielen** etc.

**K. Pritschow,** Bernburgerstr. 28,  
Leihbibliothek. Journal-Lesezirkel.

**Sämtliche Mauerarbeiten**  
werden übernommen und solid ausgeführt.  
**Carl Schmidt, Reiffstraße 4.**

**Baumschulen Zoeschen**  
bei Merseburg  
empfehlen ihre arabischen Borsätze von Nadelbälzern. Jetzt beste Pflanzenzeit. Preislisten umsonst. Unsere Nadelholzplantagen bedecken allein ca. 5000 Morgen. Heber 10,000 Pflanzen aller Größen billigst. Stoffliste Sortimente von **Altenhansen** ze.

**Ein Vermögen**  
verwahrt sich ein hartes, reines Geschäft, tolles, jugendliches Aufleben, welche, samtliche Sätze und schöner Teint. Alles dies erregt die eifrige **Siedenfürst, Vilmersdorf, Siefel** u. **Bergmann & Co., Nabecken** mit **Schulmarke: Siedenfürst** a. Bild 50 Bf. bei: **Siebold & Co., Oscar Walli** sen., **Wegscheider & Co., Ernst Teufel, Fritz Müller, F. W. Bah., W. Hallgart Nachf., G. Richter** in **Gleichenstein: Felix Stoll.**

Ich bin zum **Notar** ernannt.  
**G. Meyer, Rechtsanwalt,**  
Brüderstrasse 6.

Die im Jahre 1827 von dem edlen Menschenfreunde **Ernst Wilhelm Arnoldi** begründete

**Gothaer Lebensversicherungsbank**  
auf **Gegenseitigkeit**

Ladet hierdurch zum Beitritt ein. Mit einem Bestande an eigentlichen Lebensversicherungen von

**921 Millionen Mark**

nimmt sie die **erste Stelle** auf dem europäischen Festland ein. Insgesamt wurden von ihr bis Anfang 1907 neue Versicherungen abgeschlossen über 1640 Millionen. M. fällige Versicherungssummen ausbezahlt 485 „ „ „ als Dividenden zurückerstattet „ „ „ 235 „ „ „

**Alle Ueberschüsse** kommen den Versicherungsnehmern unverkürzt zugute.

Die sehr günstigen Versicherungsbedingungen gewähren **Unverfallbarkeit Unanfällbarkeit Wertpolice** von vornherein. nach 2 Jahren. nach 2 Jahren.

Auskunft erteilen die Vertreter der Bank an allen grossen und mittleren Plätzen sowie die Bank in Gotha.

## Mignon - Schreibmaschine

Fabrikat der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

**Preis: 100 Mark.**

**Union Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H.**  
Berlin W., Friedrichstrasse No. 74.

28 000 Exemplare verkauft!  
Sehen 29.-30. Tausend erschienen.

# Der Umgang

in und mit der **Gesellschaft.**

Von **Emil Rocco.**

8. durchgesehene und verbesserte Auflage.  
Oktav. elegant ausgestattet. Fein gebunden 4 M.

Die **Vielfältigkeit des Inhalts** ergibt nachstehende Uebersicht; die **Form der Darstellung** ist von der **Beste** durchweg anerkannt worden:

<b>Bismarck.</b>	<b>Die öffentliche Meinung.</b>
<b>Die Geschichte.</b>	<b>Die öffentliche Meinung.</b>
<b>Die Gegenwart.</b>	<b>Die öffentliche Meinung.</b>
<b>Die Zukunft.</b>	<b>Die öffentliche Meinung.</b>
<b>Die Vergangenheit.</b>	<b>Die öffentliche Meinung.</b>
<b>Die Gegenwart.</b>	<b>Die öffentliche Meinung.</b>
<b>Die Zukunft.</b>	<b>Die öffentliche Meinung.</b>
<b>Die Vergangenheit.</b>	<b>Die öffentliche Meinung.</b>

**Ein vornehmes Handbuch des guten Tons!**

... Hoch erhaben über sämtliche ähnlichen Büchern steht Rocco's Umgang. ... Wir haben in demselben eine reiche Erfahrung und in demselben einen psychologisch gehaltenen Blick für alles Unpassende und Unhöfliche im gesellschaftlichen Verkehr. Nicht nur jüngere Leute und Studenten, auch ältere Personen werden das munter, zum Teil humoristisch gezeichnete Buch mit Vergnügen lesen. ... Das Buch ist geschäftlich abgesetzt und unterwirft in höchsten, niemals bestrittenen Ton über gesellschaftliche Sitten. ... Ein geeignetes Verzeichniss ist Rocco's Umgang in und mit der Gesellschaft. Es erzählt in anschaulicher Weise von den Umgangsformen in Gesellschaft, Familie und Dienstlichkeit; ferner gibt es lehrreiche Beispiele in Bezug auf Bescheidenheit, Unterhaltung und geistige Spiele. ... Deutsche Hofhaltung. Das Buch durchwandert die feinsten Umgangsformen der gebildeten Welt und beleuchtet sie in vornehmer Sprache an wiederholter Haupterwähnung.

**Halle a. S.**  
**Otto Hendel,**  
Verlagsbuchhandlung.